Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 22.06.2006 um 18.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Bürgermeister Böhm (für Oberbürgermeister Moser)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Mahlmeister (für 2. Bgmin. Gold)

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Heisel

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein Stadtrat Schardt Stadtrat Rank

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller Stadtrat Schmidt

Stadträtin Richter (für Stadtrat May)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger

Amtsrat Hartner (bis Ziffer 2) Amtfrau Hartmann (Ziffer 1)

<u>Protokollführer:</u> Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste: Stadträtin Wachter

Stadtrat Konrad

Entschuldigt fehlten: 2. Bgmin. Gold

Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist <u>Bürgermeister Böhm</u> darauf hin, dass die Auftragsvergabe unter TOP 2.1 "Entsorgung von entwässertem Klärschlamm durch Kompostierung und Verwertung in einer Rekultivierungsmaßnahme" nicht bekannt gegeben werden könne, da die Beschlussfassung in der Stadtratsitzung am 29.06.06 erfolgen werde.

1. Anträge auf Gastkinderregelung in auswärtigen Kindergärten, Art. 23 Abs. 4 BayKiBiG

A. <u>Amtfrau Hartmann</u> geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt dar, unter welchen Vorraussetzungen Eltern ihre Kinder in auswärtige Kindergärten unterbringen dürfen. Sie stellt die neue Finanzierungssituation dar und weist darauf hin, dass die Eltern sich an den Kosten prozentual beteiligen müssen. Das Gesetz gebe dabei einen max. Wert von 50 % vor. Es sei zu überlegen, in welcher Höhe die Stadt Kitzingen den Mitfinanzierungssatz festlegen möchte.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene fragt nach, wie finanzielle Härtefälle zu beurteilen seien

<u>Amtfrau Hartmann</u> erläutert, dass nach dem BayKiBiG die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern zu berücksichtigen sei. Das Landratsamt sehe dies bei Hartz IV-, Sozialhilfebzw. Wohngeldempfängern als gegeben an.

<u>Stadtrat Müler</u> stellt fest, dass es neben Empfängern von Sozialhilfeleistungen auch Geringverdiener gebe, die mit ihrem Gehalt nicht den Mitfinanzierungsanteil tragen könnten. Er fragt nach, ob es hierzu Richtlinien gebe. Zudem möchte er wissen, wer den Verwaltungsaufwand hinsichtlich der Zahlungen habe und den Eingang überwache.

Amtfrau Hartmann weist darauf hin, dass eine Regelung über Geringverdiener bisher nicht vorgesehen sei und es evtl. im Einzelfall zu entscheiden wäre. Hinsichtlich der Geldeingänge weist sie darauf hin, dass dies Aufgabe der Stadtkasse sei, was auch das Mahnwesen und die Eintreibung beinhalte.

<u>Stadtrat Rank</u> bittet hinsichtlich des Mitfinanzierungsbetrages um Beachtung, dass dieser im Landkreis einheitlich sein sollte, nicht dass Familien ihre Kinder bewusst in Kindergärten geben, die einen geringeren Prozentsatz zur Mitfinanzierung festgelegt haben.

<u>Stadtrat Müller</u> ist der Auffassung, den Prozentsatz auf 50 % festzulegen um eine befürchtete Antragsflut zu vermeiden.

<u>Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene</u> bittet die Entscheidung nach einer Beratung in den Fraktionen und Gruppen im Stadtrat am 29.06.2006 zu treffen.

Bürgermeister Böhm sagt dies zu.

B. Ohne Abstimmung

Bürgermeister Böhm gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen und Gruppen.

2. <u>Zuschussantrag der Fischer- und Schifferzunft Kitzingen e. V. für die Feierlichkeiten zum</u> 950-jährigen Jubiläum

Mit 13: 0 Stimmen

- Die Fischer- und Schifferzunft Kitzingen e. V. erhält für die Durchführung der Feierlichkeiten anlässlich des 950-jährigen Zunftjubiläums einen Zuschuss
 i. H. v. 3.000,00 €, gegen Nachweis eines entsprechenden Defizits.
- 2. Die Deckung des Zuschusses erfolgt über die Mehreinnahmen der HH-Stelle 0.9000.0030 (Gewerbesteuer)

3. <u>Budgetabrechnung 2005 für die allgemeine Bauverwaltung - UA 6001 -:</u> Übertrag in das Jahr 2006

Ohne Abstimmung

- 1) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2) Der Überschuss in Höhe von 10.230,19 € (= 70 %) wird in das Jahr 2006 übertragen.

4. Budgetabrechnung 2005 für

- a) Orts- und Regionalplanung/Planung Altstadtsanierung (UA 6101)
- b) Bauordnung (UA 6131)

Ohne Abstimmung

- 1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2a. UA 6101 (Planung)
 Es besteht Einverständnis, den Überschuss in Höhe von 748,71 € (70 %) in das Jahr 2006 zu übertragen.
- 2b. UA 6131 (Bauordnung)
 Das festgestellte Defizit in Höhe von 16 516,84 € ist ins Jahr 2006 zu übertragen.

5. Fl.-Nr. 5927/5 Max-Planck-Straße

Nachfolgenutzung BONO-Markt

Anfragen zur Ansiedlung

a.) eines Großflächen-"Sonderpostenmarktes"

b.) eines Fachmarkzentrums

Mit 12: 1 Stimmen

- 1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
- 2. Den vorliegenden Anfragen zur Ansiedlung
 - a.) eines Sonderpostenmarktes
 - b.) eines Fachmarktzentrums

auf der Fl.-Nr. 5927/5, Max-Planck-Straße kann wegen der damit verbundenen großflächigen Einzelhandelsnutzung, sowie den vorgesehenen zentrenrelevanten Sortimenten nicht zugestimmt werden.

Es besteht ferner grundsätzlich keine Bereitschaft, im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 27 "Goldberg" Sondergebiete für Einzelhandelsnutzungen auszuweisen.

- 6. <u>Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile;</u>
 Nachkalkulation 2005 und Vorauskalkulation 2006 2009
 - A. <u>Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer</u> erläutert ausführlich die Nachkalkulation 2005 und die Vorauskalkulation 2006 – 2009.

Stadtrat Mahlmeister als Friedhofsreferent stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

B. Mit 13: 0 Stimmen

- 1. Auf eine Erhöhung der Friedhofsgebühren wird in 2006 verzichtet.
- 2. Der Fehlbetrag 2005 in Höhe von 48.818,64 € wird zusammen mit dem Restdefizit 2004 von 52.843,28 € auf die Folgejahre vorgetragen.
- C. <u>Stadtrat Schmidt</u> fragt in diesem Zusammenhang nach dem Antrag, der zu den Haushaltsberatungen hinsichtlich der Privatisierung bzw. Teilprivatisierung des Friedhofswesen gestellt wurde. Es habe geheißen, dass dieser vor der Sommerpause behandelt werde.

Rechtsrätin Schmöger erläutert, dass gemeinsam mit der Friedhofsverwaltung unter Einbeziehung des Bauhofes und der Stadtgärtnerei ein Leistungsverzeichnis erstellt wurde, was als Grundlage einer Ausschreibung genommen werden könne. Vor der Sommerpause werde hierüber Bericht erstattet werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfrage von Stadtrat Mahlmeister

Rechtssprechung bezüglich Wettbüros

<u>Stadtrat Mahlmeister</u> hat gehört, dass der Freistaat Bayern hinsichtlich der Wettbüros Recht bekommen hätte. Er möchte wissen, ob der Vollzug dann durchgesetzt werden könne.

<u>Rechtsrätin Schmöger</u> habe davon nichts gehört und berichtet nochmals vom derzeitigen Sachstand.

8. Anfrage von Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene

Medienberichte bzgl. Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung

<u>Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene</u> fragt hinsichtlich der Medienberichte zum Zweckverband zur Kommunalen Verkehrsüberwachung nach, ob die Stadt Kitzingen derzeit davon auch betroffen sei.

Rechtsrätin Schmöger teilt mit, dass dies die Stadt Kitzingen noch nicht betreffe, sie es aber aufmerksam zur Kenntnis genommen habe.

9. Anfragen von Stadtrat Müller

- Antrag Landesbund für Vogelschutz, Fenster Deuster Turm
- PAM-Ausstellungen 2008-2011

<u>Stadtrat Müller</u> möchte wissen, ob der Antrag des Landesbund für Vogelschutz bereits bearbeitet wurde und bittet hierüber schnellstmöglichst abzustimmen.

<u>Bürgermeister Böhm</u> weist darauf hin, dass dies der Oberbürgermeister bereits im Rahmen seiner Kompetenz positiv entschieden habe.

Dies wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Zudem weist Stadtrat Müller auf ein Schreiben von PAM e. V. hin, laut dem der Verein aufgrund der gegebenen Umstände die Ausstellungen von 2008 – 2011 nicht durchführen könne. Er möchte wissen, ob mit PAM e. V. bezüglich einer gütlichen Regelung hinsichtlich der Sonderausstellungen im Museum nochmals gesprochen wurde.

Bürgermeister Böhm kann dies nicht beantwortet sagt jedoch eine Klärung zu.

10. Anfrage von Stadtrat Popp

<u>Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Albertshofen bzgl. Tradition des Gartenbaus im Kitzinger Land"</u>

<u>Stadtrat Popp</u> bezieht sich auf den Presseartikel, laut dem die Gemeinde Albertshofen im Rahmen der Dokumentation des Gartenbaus im Kitzinger Land einen Zuschuss von 1.000,00 € gewährt. Er möchte wissen, ob die Umlandgemeinden, die sich an dem Projekt finanziell beteiligen dann auch ein Recht an der Nutzung bekommen, da die Urheberrechte allein bei der Stadt Kitzingen liegen.

Bürgermeister Böhm sagt zu, dies nachzufragen.

11. Anfrage von Stadtrat Weiglein

<u>Erste Sitzung des Aufsichtsrates der Gesellschaft zur Durchführung der Kleinen Gartenschau 2011</u>

<u>Stadtrat Weiglein</u> fragt nach, wann die ersten Sitzung des Aufsichtsrates der Gesellschaft zur Durchführung der Kleinen Gartenschau 2011 stattfinden werde. <u>Berufsmäßiger Stadtrat Groß</u> sagt zu, dies abzuklären.

12. Anfragen von Stadträtin Wallrapp

- Vermarktung der städt. Baugebiete
- Sanierung der D.P.E-Schule

<u>Stadträtin Wallrapp</u> bittet hinsichtlich der bald ablaufenden Rabattaktion (31.07.2006) nochmals verstärkt in die Werbung zu gehen, um weitere Grundstücke veräußern zu können.

Zudem bemängelt sie, dass an der B 8 von Würzburg kommend noch kein Hinweisschild zu den Städtischen Baugebiete stehe.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Grundstückseigentümer (USA-Bund) abgewartet werden müsse. Im Schreiben habe man darauf hingewiesen, dass nach vier Wochen von einer Zusage ausgegangen und das Schild aufgestellt werde. Er sagt zu, sich darum zu kümmern.

Zudem fragt <u>Stadträtin Wallrapp</u> aufgrund des vorliegenden Schreibens bzgl. Sanierung D.-Paul-Eber-Schule nach, wer die Konzeption (Ganztagsbetreuung) in Auftrag gegeben habe, da dies nicht Umfang der Beschlussfassung war.

Bürgermeister Böhm sagt eine Klärung zu.

Bürgermeister Böhm schließt die öffentliche Sitzung um 19.50 Uhr.

gez. gez.

Bürgermeister Protokollführer